

Stellungnahme der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Oberberg zum Entwurf des Haushaltsplans

6.12.2018

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich möchte zunächst eine Vorbemerkung zu den diesjährigen Haushaltsberatungen machen. Diese haben sich positiv von den sog. Beratungen der Kreishaushalte der letzten Jahre abgehoben. In der Vergangenheit konnte man nach der Einbringung der Haushaltsentwürfe durch die jeweiligen Landräte fordern, am besten solle man gleich über den Haushalt abstimmen. Anträge der Opposition wurde mit lapidaren Begründungen oder vielfach auch ohne jegliche Begründung abgelehnt. Musterbeispiele hierfür war unsere jahrelang erhobene Forderung nach einem Klimaschutzkonzept für den Oberbergischen Kreis oder nach einem Mobilitätskonzept. Beide Forderungen wurden regelmäßig abgelehnt - ohne jegliche Begründung. Das dies in diesem Jahr viel besser wurde, hat sicherlich mit dem Wechsel in der Fraktionsspitze der CDU zu tun, den wir ausdrücklich begrüßen. Bei allen unterschiedlichen Sichtweisen in den Fraktionen, sollte es aus unserer Sicht immer um die Sache gehen und nicht in erster Linie darum, wer sich auf Grund der aktuellen Mehrheitsverhältnisse durchsetzen kann.

Beim letzten Haushalt hätten wir auf unseren Antrag zu einem Klimaschutzteilkonzept mit dem Schwerpunkt Mobilität genauso gut verzichten können, denn es war schon vorher klar, dass dieser Antrag wieder strikt abgelehnt würde.

Diesmal war das anders. Unsere Forderung nach einem integriertem Klimaschutzteilkonzept zur Anpassung an den immer deutlicher werdenden Klimawandel wurde aufgegriffen. Das Klimaschutzteilkonzept soll das Ziel verfolgen, die im Oberbergischen Kreis auftretenden Hauptgefahren durch klimawandelbedingte Wetterphänomene wie Starkregen, Hitzestress und Dürre aufzudecken, zu analysieren und auf den Oberbergischen Kreis und seine Kommunen zugeschnittene Handlungsempfehlungen zur Vorsorge zu erarbeiten.

Zudem bietet sich bei diesem Thema die interkommunale Zusammenarbeit zwischen den Kreisen und dem Verein Region Köln/Bonn e.V. besonders an. Hinzu kam, dass der letzte Sommer wohl auch dem letzten Klimaskeptiker die Augen für die Realitäten öffnen sollte.

Die neue NRW-Umweltministerin hat dies erkannt und fordert die kommunale Ebene zum Handeln und zur Klimaanpassung auf (PM vom 31.10.2018).

Auch im Oberbergischen Kreis haben die Starkregenereignisse im Frühjahr mit der nachfolgenden langanhaltenden Hitze- und Trockenperiode ihre Wirkung nicht verfehlt. Die Folgen für die Land- und Forstwirtschaft, die Gewässer sowie die Gesundheit der Menschen waren für alle offensichtlich.

Die Folgen des Klimawandels müssen auch ihren Niederschlag in Projekten der REGIONALE 2025 des Bergischen RheinLandes finden. Wir begrüßen deshalb die in der REGIONALE – Bewerbung beschriebene Zielsetzung, das Bergische RheinLand zu einer regionalen Ressourcenlandschaft und Modellregion der „Grünen Infrastruktur“ zu entwickeln. Der Anspruch, für die Gewässer des Bergischen RheinLandes „gesamtstrategische Konzepte“, z. B. „Zukunftsraum Agger – Korridor“, zu realisieren, halten wir für sinnvoll. Hier kommt es unter anderem darauf an, entsprechend den zu erwartenden klimabedingten Starkregenereignissen und Trockenheitsperioden, Retentionsräume zurück zu gewinnen und

die Agger wieder zu einem vitalen Fluss zu machen, der Niedrigwasser erträgt. Dass erhebliche Mittel zur Umsetzung solcher REGIONALE – Projekte auch für zukunftsfähige Gewässerlandschaften in den Haushalt eingestellt worden sind, ist erfreulich.

Ein notwendiges Umdenken hinsichtlich der erforderlichen Maßnahmen zur Begrenzung des Klimawandels wird kaum noch geleugnet. An fünf Infoständen in Lindlar und Engelskirchen – es ging um den Erhalt des Waldgebietes Klause V auch als Wasserspeicher – wurde immer wieder völliges Unverständnis darüber geäußert, dass Teile der Politik und der Verwaltungen ihren Weiter-so-Kurs beim Flächenverbrauch und bei der Waldvernichtung nicht überdenken und in Frage stellen wollen. Die Wahlergebnisse der Grünen in Bayern und Hessen sind auch ein klares Bekenntnis der Menschen zu wirksamen Klimaschutz!

In der heutigen Zeit muss alles darangesetzt werden, dass die Folgen des nicht mehr aufzuhaltenden Klimawandels begrenzt werden. Dass die Kreistagsmehrheit die Bereitschaft zeigt, sich den Folgen des Klimawandels zu stellen, begrüßen wir deshalb sehr.

Dass man letztlich nicht bereit war, einfach unserem Antrag zuzustimmen und sich selbst zu einem Änderungsantrag aufraffte, der aber inhaltlich das gleiche aussagt, nehmen wir da gerne in Kauf.

Leider konnten Sie sich nicht dazu durchringen, den Wiedereintritt ins Klimabündnis „Allianza del Clima“ zu beschließen. Am Mitgliedsbeitrag kann es sicher nicht gelegen haben. Was eher gestört hat, ist wohl die Einhaltung der Selbstverpflichtungen zum Klimaschutz, die mit der Mitgliedschaft verbunden sind. Sie befürchteten wohl, dass von Seiten der Grünen immer wieder auf diese Selbstverpflichtungen verwiesen würde. Da haben Sie natürlich Recht.

Zu einigen der im Rahmen der Haushaltsberatungen eingebrachten Anträgen möchte ich Stellung nehmen.

Der erste von CDU/FDP eingebrachte Antrag überraschte uns, hatten wir doch selbst die Beantragung auf Folgeförderung des Netzwerks gegen Rechts schon vorbereitet. Zum Zeitpunkt der Einbringung des Haushaltes war auf Landesebene die Fortführung des Landesprogramms „NRWeltoffen“ noch nicht beschlossen. Dass aber die Bereitstellung der Haushaltsmittel von jeweils 25.000 € für die Jahre 2019 und 2020 mit der Umbenennung des „Netzwerks gegen Rechts“ als „Netzwerk gegen Extremismus und Rassismus“ verbunden sein sollte, traf auf den entschiedenen Widerstand der anderen Mitglieder der Lenkungsgruppe des NgR. Einige dieser Mitglieder kündigten auch direkt ihren Austritt aus dem möglichen neuen Netzwerk an, sollte der Kreistag dies beschließen. Zum Glück haben sich die Antragsteller dann doch noch eines Besseren besonnen und ihre Forderung nach einer Umbenennung aufgegeben. Es wäre auch völlig paradox gewesen, wenn mit der CDU eine Fraktion dies durchgesetzt hätte, die bis heute nicht einmal selbst Mitglied des Netzwerks ist, und dies ohne das Einverständnis der ca. 70 Mitglieder zu solch einer Umbenennung auf einer Mitgliederversammlung einzuholen.

Erstmalig wurden diesmal auch Anträge anderer Fraktionen zur Mobilität eingebracht. Bei ihrem Antrag zur Vernetzung von Individualverkehr und ÖPNV hatten CDU und FDP wohl vergessen, dass unsere Forderung nach einem Mobilitätskonzept für den Oberbergischen Kreis zwar von allen anderen Fraktionen jahreslang abgelehnt wurde, aber dann bei dem Beschluss zum neuen Nahverkehrsplan nachträglich doch beschlossen wurde. Das kann passieren, wenn man das Thema Mobilität über Jahre sträflich vernachlässigt.

Das von der SPD geforderte Ein-Euro-Mobilitätsticket begrüßen wir grundsätzlich. Jedoch ist die Regionale 2025 dafür der falsche Ansatz. Es sollte besser auf Landesebene oder zumindest beim Verkehrsverbund Rhein-Sieg eingeführt werden. Für die Regionale 2025, die ja erfreulicherweise im Vergleich zur Regionale 2010 das Thema Mobilität zum Schwerpunktthema gewählt hat, sollten Projekte zur Verbesserung der Infrastruktur bevorzugt werden. Die Errichtung flächendeckender Mobilitätsstationen in den Kommunen sowie Maßnahmen zur Reaktivierung der Wiehltalbahn bieten sich hierbei an. Die positiven Erfahrungen mit der Reaktivierung der Schönbuchbahn könnten hierbei für den Oberbergischen Kreis Vorbildfunktion besitzen.

Den Antrag der SPD-Fraktion zur Einrichtung eines Betriebskindergartens für Kinder von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Kreisverwaltung unterstützen wir. Einige Ergänzungen des Änderungsantrags von CDU/FDP sollte man aufgreifen.

Abgelehnt werden von uns alle lebensrettenden Maßnahmen zum Erhalt der OAG. Künstlich neue Aufgabenfelder für die OAG zu schaffen, bei der diese sich selbst die Kompetenz erst extern einkaufen muss, helfen nicht weiter. Aufgaben zu erledigen, wie die Schaffung von Wohnraum, können die Kommunen selber oder in interkommunaler Zusammenarbeit besser bewältigen, als durch Auftragserteilung an die OAG.

Verzichtet hat unsere Fraktion diesmal darauf, die Einrichtung des AK Finanzen mit Vertretern der Kreistagsfraktionen und den Bürgermeistern einzufordern, um Ausgabenminderungen in Höhe von 2% erreichen, wie wir es in der Vergangenheit getan haben. Diesmal stellt diesen Antrag die SPD alleine. Wir sind von den Bürgermeistern in der Vergangenheit oft enttäuscht worden. Sie sind gesprungen wie die Tiger, aber letztlich als Bettvorleger gelandet. Wir werden auch diesmal dem gleichlautenden Antrag der SPD zustimmen, versprechen uns jedoch davon wenig. Um Missverständnissen vorzubeugen: Wir sind nicht der Meinung, dass die Leistungen der Kreisverwaltung für die Bürgerinnen und Bürger um 2% gekürzt werden sollten. Uns geht es nach wie vor um Einsparpotentiale, die durch eine effektivere Organisation der Kreisverwaltung zu erreichen sind.

Wenn schon die Kreisverwaltungsspitze noch nicht zu einer umfassenden Verwaltungsmodernisierung und einer damit verbundenen Verwaltungsstrukturreform bereit ist, dann sollte sie zumindest auf die Schaffung einer teuren zusätzlichen Dezernentenstelle durch Umorganisation in der Verwaltung verzichten. Das ist vergleichbar, als würden die finanzschwachen Kommunen aktuell neue Beigeordnetenstellen einrichten. Dies würde sicher auf den entschiedenen Widerstand der Steuerzahler treffen, die die Zeche über die Grundsteuer bezahlen müssten.

Den Oberbergischen Kreis stört solche Kritik wenig. Er kann jährlich anfallende Kosten (in 2020 immerhin 182.000 €) problemlos an die Kommunen weiterreichen. Diese haben es nicht so leicht, sie müssen ja ihre Bürger zur Kasse bitten.

Wegen dieser Praxis des Kreises und dem durch die Einrichtung der Dezernentenstelle vermittelten mangelhaften Sparwillen können wir dem Haushalt nicht zustimmen.

Helmut Schäfer (Sprecher der Kreistagsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Oberberg)